

Berlin, 29. Januar 2020

Dr. Wolfgang Weiler

Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft

– Es gilt das gesprochene Wort –

1. Begrüßung

Meine Damen und Herren,

unsere Jahresmedienkonferenz, zu der ich Sie herzlich begrüße, findet an einem Tag in einer Reihe denkwürdiger Tage statt: Die Welt erinnert sich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 75 Jahren. In wenigen Minuten wird der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin dazu vor dem Deutschen Bundestag sprechen.

Ich danke in diesem Zusammenhang den Mitarbeitern des GDV, die die Aktion #WeRemember unterstützt und sich gemeinsam gegen das Vergessen stark gemacht haben.

Es hat auf diese Aktion nicht nur positive Reaktionen gegeben. Das hat uns betroffen gemacht, fordert uns aber auch heraus.

Ich will dazu kurz und bündig antworten, mit einem Zitat aus der Rede von Bundespräsident Steinmeier, die dieser vor wenigen Tagen in der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel gehalten hat:

„Nie wieder! Niemals wieder!
Deshalb darf es keinen Schlussstrich unter das Erinnern geben.“

Zurück zum Alltag. Ein herzliches Willkommen geht von meiner Seite an die „Neuen“ auf dem Podium. Lieber Kollege Katak, lieber Kollege Wimmer, wir freuen uns, dass wir Sie an Bord haben und freuen uns mit Ihnen auf eine spannende Veranstaltung.

Meine Damen und Herren, die Dynamik der Veränderungen, die wir in Wirtschaft, Gesellschaft und Natur erleben, ist atemberaubend. Das führt dazu, dass unsere Zeit geprägt ist von vielfach diffusen Ängsten um die Zukunft. Diese wiegen vor allem deshalb so schwer, weil die Menschen den Eindruck haben, dass hier Prozesse außer Kontrolle geraten sind. Denken wir an die politischen Verwüstungen im Mittleren Osten, die Unsicherheiten über die Zukunft Europas, die wachsende politische Instabilität in den scheinbar so gefestigten Demokratien des Westens insgesamt, die verheerenden Buschfeuer in Australien und damit natürlich und vor allem an die sich verstärkenden Sorgen um das Klima auf unserem Globus.

In einem Klima globaler Verunsicherung und hoher politischer Volatilität auch hierzulande sind wir Versicherer umso mehr gefordert, Kurs zu halten, klare Zielsetzungen zu verfolgen, und, ich sage das ganz klar und deutlich, Stimme der Vernunft zu sein.

Ich werde mich in diesem Jahr auf drei Felder konzentrieren, in denen wir eindeutig Position beziehen und Richtung geben wollen.

1. **Die Bekämpfung des Klimawandels** ist die globale Herausforderung dieses Jahrhunderts, die neue EU-Kommission hat mit ihrem „Green Deal“ dafür klare Ziele vorgegeben. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben mit dem Klimapakete zuletzt ebenfalls Akzente gesetzt. Wir Versicherer sehen uns hier als idealen Partner für den Umbau der Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit.
2. Zur nachhaltigen Gestaltung von Politik und Gesellschaft gehört auch eine **gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen**. Dafür ist eine leistungsfähige Altersvorsorge fundamental. Das Drei-Säulen-System der deutschen Altersvorsorge wird künftig ohne mehr Eigenvorsorge nicht mehr funktionieren. Deshalb brauchen wir dringend eine tiefgreifende Reform der geförderten privaten Altersvorsorge. Sie muss einfacher und effektiver werden, wir müssen Kosten und Komplexität reduzieren, damit wir die geförderte Altersvorsorge stärker in die Breite tragen können. Unser Fünf-Punkte-Plan, den wir gemeinsam mit den anderen Anbieter-Verbänden entwickelt haben, gibt darauf die richtige Antwort.
Meine Damen und Herren, es gibt in dieser Legislaturperiode nur noch ein begrenztes Zeitfenster für diese Reform. Wir stehen für den Dialog, den die Bundesregierung hierzu schon vor einiger Zeit in Aussicht gestellt hat, jederzeit bereit!
3. Wir unterstützen die EZB bei einer **besonnenen Überprüfung der Geldpolitik in Europa**. Eine nüchterne Analyse der Risiken wird ergeben, dass die Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems durch die extreme Niedrigzinspolitik der Ära Draghi längst größer sind als deren Vorteile. Global hat die Verschuldung der drei Sektoren Staat, Haushalte und Unternehmen zuletzt neue Rekordstände erreicht. Welche Folgen die Niedrigzinspolitik für die Zinssparer und das Sparklima hierzulande hat, brauche ich Ihnen ja nicht noch einmal zu erläutern.

2. 2019: Wachstum und Beschleunigung

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den wirtschaftlichen Ergebnissen und Zahlen des vergangenen Jahres.

a. Gesamtergebnis

Insgesamt war 2019 von den Beitragseinnahmen her ein **ausgesprochen zufriedenstellendes Jahr** für die deutsche Versicherungswirtschaft.

- Mit Beitragseinnahmen von 216 Milliarden Euro (plus 6,7 Prozent) verbuchten alle drei Sparten bessere Ergebnisse als vor einem Jahr erwartet.

b. Lebensversicherung

Die Lebensversicherung inklusive der Pensionsfonds und -kassen verzeichnete mit Beitragseinnahmen von gut 102 Milliarden Euro im Jahr 2019 ein überraschend hohes Wachstum von 11,3 Prozent.

Dieses Wachstum ist, und das gehört zu den Paradoxien unserer Zeit, auch auf das widrige Zinsumfeld zurückzuführen. Banken verlangen zunehmend Strafzinsen. Lebensversicherer bieten sicherere, wenn auch gegenüber früher niedrigere Erträge. Die Beitragsentwicklung ist für unsere Branche ein klarer Vertrauensbeweis.

In der Lebensversicherung ohne Pensionskassen und -fonds stieg das **Neugeschäft** gegen **laufenden Beitrag** um 10,1 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro. Es umfasst den Jahresbeitrag, der auf neu abgeschlossene Verträge mit regelmäßiger Beitragszahlung entfällt.

Das **Einmalbeitragsgeschäft** im Neugeschäft ist mit einem Plus von 36,0 Prozent auf fast 37 Milliarden Euro auf den ersten Blick wesentlich stärker gestiegen. Die Differenz zum Neugeschäft gegen laufenden Beitrag hat allerdings auch buchungstechnische Gründe: Viele moderne Lebensversicherungen erlauben eine flexible Beitragszahlung – beispielsweise können sich Kunden oft entscheiden, ob sie ein 13. Monatsgehalt oder einen Bonus ganz oder nur zum Teil für die Rente ansparen. Bei Selbstständigen fällt am Jahresende häufig ein Gewinn an, den sie beispielsweise für eine Basisrente nutzen. Auch die Riester-Zulagen gehen als Einmalbeiträge in unsere Statistik ein, obwohl sie einen anderen Charakter haben. Diese flexiblen Zahlungen werden dann bilanziell als Einmalbeitrag gezählt, obwohl sie im Prinzip immer wieder anfallen. Der begriffliche Unterschied liegt in der vertraglichen Pflicht des Kunden zu regelmäßiger Beitragszahlung. Dementsprechend werden auch Riester-Zulagen technisch als Einmalbeitrag verbucht. So viel zur Einordnung dieser Zahlen.

Das **Annual Premium Equivalent (APE)** – die international übliche Maßzahl für das Neugeschäft (Summe der laufenden Prämien aus Lebensversicherungen plus ein Zehntel der Einmalbeiträge) – liegt bei 9,4 Milliarden Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 18,7 Prozent.

Erfreulich ist der starke Zuwachs in der **betrieblichen Altersversorgung**. Das Beitragsvolumen im Neugeschäft mit Direkt- und Rückdeckungsversicherungen sowie der Pensionskassen und -fonds stieg um gut 22,1 Prozent auf 5,5 Milliarden Euro. Die gesamten Brutto-Beiträge für die betriebliche Altersversorgung wuchsen 2019 um 5,3 Prozent auf gut 18,9 Milliarden Euro.

Die aktuellen Geschäftszahlen zeigen auch, dass der Anteil der neuen Produkte am Neugeschäft nochmals deutlich zugenommen hat: Gut 60 Prozent des Neugeschäfts an Rentenpolicen (Anteil am APE) entfallen auf Angebote, die auf modifizierte Garantien setzen – sowohl solche der sogenannten neuen Klassik als auch fondsgebundene Konzepte mit Garantien. Im Vergleich zu 2018 ist dies ein Anstieg um drei Prozentpunkte. Der Anteil der „alten Klassik“ an den Rentenpolicen ist im Neugeschäft hingegen auf 31 Prozent gesunken, im Vorjahr lag er noch bei 34 Prozent.

Das Geschäftsergebnis des Jahres 2019 bestätigt, was wir bereits in den vergangenen Jahren gesehen haben: Die Umstellung auf die neuen Produkte wird von den Kunden

immer besser angenommen, sowohl bei den laufenden, insbesondere aber bei den Einmalbeiträgen haben wir gute Zuwächse. Das zeigt, was die Deutschen von Altersvorsorgeprodukten erwarten: Renditechancen, ohne dabei komplett auf Sicherheiten zu verzichten.

Meine Damen und Herren, auf dieser Erkenntnis sollten wir bei der Reform der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge unbedingt aufbauen. Es stimmt, das Riester-System ist renovierungsbedürftig. Ein Abriss ist aber keine Lösung – zumal die vorgelegten Neubauentwürfe an den Bedürfnissen der künftigen Bewohner offenkundig vorbei gehen: Die große Mehrheit der heute 30- bis 59-Jährigen will weder einen Zwang zur privaten Vorsorge noch einen Staatsfonds, sondern setzt auf eine Weiterentwicklung der zweiten und dritten Vorsorgesäule.

Wir haben gemeinsam mit anderen Anbieterverbänden einen realistischen und kurzfristig umsetzbaren Fünf-Punkte-Plan entwickelt. Dieser umfasst einen tiefgreifenden Bürokratieabbau, einen verständlicheren und unmittelbar attraktiven neuen Förderansatz und ein Konzept für kostengünstige Standardprodukte mit geringerem Beratungsbedarf. Sehr wichtig ist dabei auch die Lockerung der Bruttobeitragsgarantie, um die Anlagespielräume in den Produkten zu erhöhen. Die Diskussion über Staatsfonds hingegen führt uns in sehr schwieriges Gelände:

- Staatsfonds bergen erhebliche Risiken politischer Einflussnahme und Zweckentfremdung.
- Der Aufbau eines staatlichen Trägers geht, wie Großbritannien zeigt, nur mit jahrzehntelangen staatlichen Hilfszahlungen und ist unseres Erachtens wettbewerbsrechtlich nicht ohne Risiken.

Und auch ein Obligatorium, also eine verpflichtende Altersvorsorge, ist nicht kostenfrei. Vertriebskosten werden auf Arbeitgeber ausgelagert. Und irgendjemand muss auch noch überprüfen, ob die Betriebe und die Menschen der Vorsorgepflicht auch wirklich nachkommen. Der damit verbundene Kontroll- und Verwaltungsaufwand dürfte erheblich sein und fällt – je nach Ausgestaltung – entweder den Steuerzahlern oder den Vorsorgeberechtigten selbst zur Last.

Fazit: Zur Reform der privaten Vorsorge braucht es keinen Staatsfonds. Denn in der Alterssicherung ist die Aufgabenteilung klar: hier die staatliche Versorgung, dort betriebliche und private Ergänzungssysteme, ihrerseits staatlich reguliert und überwacht. Es kann nicht sein, dass ein Schiedsrichter, wenn er mit dem Spielverlauf hadert, einfach die Spielregeln ändert und sich dann gleich selbst einwechselt.

c. Schaden- und Unfallversicherung

Kommen wir nun zu den Ergebnissen der Schaden- und Unfallversicherung für 2019: Wir gehen laut Hochrechnung von Beitragseinnahmen in Höhe von 72,9 Milliarden Euro aus – einem Plus von 3,2 Prozent (2018: 70,7 Mrd. Euro, +3,4 Prozent).

Die Leistungen stiegen um 1,7 Prozent auf 53,4 Milliarden Euro (Vorjahr: 52,5 Mrd. Euro, 4,7 Prozent). Das bescherte den Schaden- und Unfallversicherern 2019 schwarze Zahlen. Der versicherungstechnische Gewinn dürfte 4,7 Milliarden Euro

(Vorjahr: 4,1 Mrd. Euro) betragen. Die Schaden-Kosten-Quote (Combined Ratio) liegt voraussichtlich bei rund 93 Prozent (2018: 94,1 %).

2019 war damit ein gutes Jahr für die Schaden- und Unfallversicherer.

Details zu den Sparten können Sie Ihren Unterlagen entnehmen.

An dieser Stelle hervorheben möchte ich das anhaltend dynamische Wachstum der Cyber-Versicherung: Inzwischen bestehen am Markt 60.000 Verträge mit einem Beitragsvolumen von jährlich rund 85 Millionen Euro – eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent. Dieses Wachstum ist auch dringend nötig, denn alle verfügbaren Zahlen – ob vom Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Unternehmensberatungen und Marktforschungsinstituten – zeigen, dass das Risiko und die Zahl der Attacken weiter steigt. Wir Versicherer sensibilisieren dafür, insbesondere der Mittelstand unterschätzt das Risiko jedoch nach wie vor. Wir versichern aber nicht nur, sondern helfen auch Schäden zu vermeiden oder zu begrenzen.

d. PKV

Die Beitragseinnahmen der privaten Krankenversicherungsunternehmen haben sich 2019 um 2,3 Prozent auf 40,7 Mrd. Euro erhöht (Vorjahr: 39,8 Mrd. Euro). Auf die Krankenversicherung entfallen davon 38,0 Mrd. Euro, das ist ein Plus von 2,1 Prozent. In der Pflegeversicherung lagen die Einnahmen bei 2,7 Mrd. Euro, ein Anstieg von 5,2 Prozent.

Die ausgezahlten Versicherungsleistungen der PKV haben 2019 eine Höhe von 29,9 Mrd. Euro erreicht. Das sind 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr (28,6 Mrd. Euro). Auf die Krankenversicherung entfallen davon 28,4 Mrd. Euro, auf die Pflegeversicherung 1,5 Mrd. Euro.

Der Bestand aus Voll- und Zusatzversicherungen hat 2019 um mehr als 400.000 Versicherungen auf eine Gesamtzahl von 35,2 Mio. zugenommen, ein Plus von 1,2 Prozent. Im Einzelnen stieg die Zahl der Zusatzversicherungen um 2,1 Prozent auf 26,5 Mio.; die Zahl der Vollversicherungen nahm leicht ab, um 0,1 Prozent auf 8,7 Mio.

3. Das Jahr 2020

a. Prognose 2020

Ich komme nun zur Prognose der Geschäftsentwicklung für das laufende Jahr 2020. Das überdurchschnittliche Ergebnis im abgelaufenen Jahr ist auch Ausdruck einer gewachsenen Volatilität, die keine Einbahnstraße ist. Es sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die deutsche Versicherungswirtschaft weiterhin in einem extrem herausfordernden Marktumfeld bewegt. Neben der schwächeren Konjunktur dämpft das anhaltende, extreme Niedrigzinsumfeld das Wachstum im Versicherungsgeschäft zusätzlich und spürbar. Wir erwarten deshalb ein im langfristigen Vergleich wieder normales Beitragswachstum in Höhe von etwa 1,5 bis 2 Prozent. Dabei wird in der **Lebensversicherung insgesamt** ein leichtes Plus von gut 1 Prozent im Vorjahresvergleich erwartet.

Im Einmalbeitragsgeschäft gehen wir im Vergleich zum Vorjahr angesichts des erreichten hohen Volumens nicht von einem erneut starken Wachstum aus. Die Herausforderungen für die Lebensversicherer werden im Marktumfeld im Jahr 2020 eher zunehmen. So wird im Zuge einer weniger schwungvollen Konjunktur das verfügbare Einkommen privater Haushalte wahrscheinlich weniger dynamisch wachsen.

In der **Schaden- und Unfallversicherung** erwarten wir ein Wachstum von plus 2,5 Prozent. Hier dürfte eine vermutlich weiter moderate Beitragsentwicklung in der Kraftfahrtversicherung sowie ein voraussichtliches Nachlassen der Dynamik in der Privaten und Nicht-Privaten Sachversicherung für das etwas geringere Beitragswachstum ursächlich sein.

Meine Damen und Herren, die Jahre seit dem Fall der Mauer, deren 30. Jahrestag wir vor noch gar nicht langer Zeit unweit von hier am Brandenburger Tor gefeiert haben, gehören zweifellos zu den besten, die die Deutschen je erlebt haben. Umso mehr sind wir, sind alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert, verlässlich gute Wege in die Zukunft zu weisen. Viele meinen, dass die nächsten zehn Jahre wesentlich darüber entscheiden, ob und wie Wohlstand, soziale Sicherheit, innerer und äußerer Frieden und ökologische Nachhaltigkeit gesichert und neu geschaffen werden können.

Der Weiterentwicklung der Wirtschaft zu einer klimaneutralen, nachhaltigen Ökonomie und, damit verbunden, eine generationengerechte Sicherung der Altersvorsorge genießen für uns und für viele im Land allerhöchste Priorität. Wir sehen uns hier als Branche in einer besonderen Verantwortung. Von der Qualität unserer Antworten wird abhängen, ob wir Versicherer weiterhin eine gestaltende Rolle spielen oder ob wir nur noch Zuschauer sein werden.

b. Das A und O der Nachhaltigkeit

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig, dass der Kampf gegen den Klimawandel die Herausforderung des Jahrhunderts bedeutet. Aus Europa sollen unter dem Strich bis 2050 keine neuen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre gelangen. Der „Green Deal“ der EU-Kommission stellt hierfür die Weichen, indem er sich an Ökologie und Ökonomie orientiert, er ist im Kern auch als Wachstumsstrategie angelegt.

Wir begrüßen das Vorhaben der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen deshalb ausdrücklich. Denn Klimaschutzpolitik, die erfolgreich sein will, braucht das richtige Maß an Flexibilität, Marktorientierung und Innovationsförderung. Nur so wird Europa im globalen Kontext eine Vorreiterrolle spielen können. Mit Kapitalanlagen von rund 1,7 Billionen Euro gehören Versicherungsunternehmen zu den größten institutionellen Investoren Deutschlands. Wir sehen uns deshalb als idealen Partner für die Energiewende – auch im eigenen ökonomischen Interesse: Denn bei einer Erderwärmung um durchschnittlich vier Grad wären viele Risiken nicht mehr versicherbar.

Die Medaille hat für uns Versicherer aber natürlich zwei Seiten. Denn unsere Kunden verlassen sich so langfristig auf uns wie auf sonst vielleicht keine andere Branche. Deshalb gilt es, Verlustrisiken aus dem Klimawandel für das eigene Anlageportfolio zu begrenzen. So können wir als langfristiger Kapitalanleger einerseits wichtige Impulse

für Klimaschutzinvestitionen setzen. Andererseits steht die Sicherheit des Kundenvermögens für uns an allererster Stelle. Ich werde das in einigen Punkten erläutern:

1. Versicherer sind ideale Partner für klimaschützende Infrastrukturprojekte

Schätzungen der EU zufolge sind allein in Europa jährlich Investitionen in Höhe von 260 Mrd. Euro erforderlich, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Versicherer können Kapital für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur zur Verfügung stellen. Sie sind schon heute einer der größten Förderer der Energiewende – aktuell stellen sie knapp 6 Milliarden Euro Kapital für entsprechende Projekte zur Verfügung. Das könnte noch viel mehr sein, die Branche steht auch bereit, ihr Engagement weiter auszubauen und ist idealer Partner für die Energiewende: Deutsche Erstversicherer haben 2018 ihre Infrastrukturinvestitionen um fast ein Drittel auf 32 Milliarden Euro aufgestockt. Aber es gibt einen Pferdefuß: Public-Private-Partnerships, die mit ihren langen Laufzeiten sehr gut zum Geschäftsmodell der Branche passen, gelten in Deutschland vielerorts leider als nicht vermittelbar. Deshalb fehlen hierzulande einfach die Projekte, damit wir unser Engagement ausbauen können.

2. Wir müssen endlich die Bauvorschriften anpassen

Als Versicherer müssen wir uns nicht nur mit dem Klimaschutz beschäftigen, wir sind ja auch und vor allem mit dem Schutz vor den Folgen des Klimawandels befasst. Wenn extreme Wetterlagen mit Starkregen, Hitze und Hagelschlag in zunehmender Weise Hab und Gut bedrohen, muss auch das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht angepasst werden – und zwar heute. Denn wir bauen jetzt die Häuser, die in den nächsten 50 Jahren und mehr den Extremwetterlagen trotzen sollen. Wir bauen sie aber immer noch mit Vorschriften aus einer Zeit, als Klimawandel noch ein Fremdwort war. Bedenken Sie etwa, dass der überwiegende Teil der Bebauungspläne zu einer Zeit beschlossen wurde, als viele wissenschaftliche Erkenntnisse zu Extremwetterlagen und Klimawandel noch nicht vorlagen. Natürlich ist die Erneuerung der Bebauungspläne ein Kraftakt, aber je später wir hiermit beginnen, desto größer wird der volkswirtschaftliche Schaden in der Zukunft ausfallen.

3. Ohne Aufklärung kein Risikobewusstsein

Für die Bürger und unsere Kunden bedeutet das: Aufklärung und Prävention sind das A und O, um künftige Schäden in Grenzen zu halten und die Risiken, die aus dem Klimawandel erwachsen, heute wie auch in Zukunft versichern zu können. Versicherer tun sehr viel dafür, Menschen über Gefahren von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen zu informieren. Wie in anderen Ländern muss aber auch der deutsche Staat die vorhandenen Informationen zu Naturgefahren bündeln und der Öffentlichkeit in einem zentralen Online-System zugänglich machen. Versicherer fordern deshalb schon seit Langem ein bundesweites Naturgefahrenportal mit begleitenden Informationskampagnen. Standortgenaue Informationen über Gefährdungen durch Hochwasser, Starkregen, sowie Sturm und Hagel sollten in der digitalen Gesellschaft selbstverständlich sein.

4. Wir brauchen klare Standards, die Luft lassen

Ohne gesetzliche Vorgaben kann ein „Green Deal“ nicht gelingen. Regeln dürfen die Marktkräfte aber nicht abschneiden und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht schwächen. Leider ist die Definition von Nachhaltigkeit mitunter immer noch sehr ungenau. Wir begrüßen daher die Fortschritte bei der Taxonomie auf Europäischer Ebene. Diese wird spätestens ab 2023 Klarheit für Investoren und Verbraucher schaffen.

Für uns ist klar, dass diese Überlegungen stets den übergeordneten gesetzlichen Regelungen des Versicherungs-aufsichtsgesetzes folgen und sich den Regeln nach Solvency II unterordnen müssen.

Apropos Solvency II: Das seit nunmehr vier Jahren geltende Aufsichtsregime für Versicherer wird europaweit aktuell grundlegend überprüft. Die Überprüfung trägt den Namen Review 2020. Aus unserer Sicht darf es nicht das Ziel des Reviews 2020 sein, Solvency II noch konservativer zu machen und den Anlagespielraum der Unternehmen unnötig einzuschränken – das wäre Gift für die politischen Ziele, insbesondere für die klimapolitischen Ziele der EU.

5. Niedrigzins wird zum gefährlichen Hindernis

Zur Nachhaltigkeit gehört aus Sicht der Versicherer auch, dass mit Kapitalanlagen ein stabiler und planbarer Ertrag erwirtschaftet werden kann. Die Defacto-Abschaffung des Zinses durch die Notenbanken konterkariert das massiv. Der Ertrag auf Anleihen, mit denen Renditen verlässlich geplant werden können, ist in vielen Fällen negativ geworden. Stattdessen haussieren infolge der Geldschwemme Asset-Klassen und Vermögenswerte, die sich in der Vergangenheit als äußerst volatil erwiesen haben.

Hinzu kommt, dass mit der massiven Beeinflussung des Zinsgefüges durch die Notenbanken die Lenkungsfunction des Zinses massiv gestört wird. Auf der Suche nach Rendite fließt immer mehr Geld in Anlagen, die eben nicht nachhaltig wirtschaftlich sind. Stattdessen ist ein Anlagenotstand entstanden, der zu Fehlallokationen führt und Blasenbildungen begünstigt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie lange die Geldpolitik an den unorthodoxen Maßnahmen der letzten Jahre festhalten kann, ohne die Nachhaltigkeit des Wirtschaftslebens massiv zu gefährden. Wir fordern hier dringend die Trendwende und setzen hier auf die neue EZB-Führung. Die von Frau Lagarde angekündigte Überprüfung der geldpolitischen Strategie sehen wir als große Chance, der aktuelle Rahmen ist mehr als 16 Jahre alt!

Im Fokus muss dabei die Frage stehen, welche Konsequenzen die Megatrends Globalisierung und Digitalisierung für das Mandat der Preisstabilität haben. Das Festhalten an dem starren Inflationsziel der EZB wird diesen Trends nicht mehr gerecht. Daher plädieren wir bereits seit längerem für die Ergänzung des Inflationsziels um ein Toleranzband. Nur so kann die EZB ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen.

4. **Schluss**

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

Ich habe vom Klimawandel gesprochen und was er für uns Versicherer bedeutet.

Aber es gibt noch ein zweites, mindestens ebenso bedeutsames Feld der Veränderung: die digitale Transformation. Welche Folgen hat sie für unsere Wirtschaft, Gesellschaft und die politischen Strukturen? Wie lauten unsere Antworten etwa auf die Frage, ob eine kleine Gruppe globaler Plattformunternehmen wirklich so viel Macht anhäufen darf, dass dadurch Wahlen beeinflusst und demokratische Strukturen in Mitleidenschaft gezogen werden?

Für uns Versicherer heißt das ganz konkret, wir müssen uns in den anstehenden Auseinandersetzungen um den Einsatz von Algorithmen, von Künstlicher Intelligenz und Robotik aktiv beteiligen. Es ist dabei gerade auch unsere Aufgabe, die ethischen Grenzen dieses Innovationsprozesses stets mit zu berücksichtigen.

Wir müssen die wachsenden Anforderungen an Datensicherheit, Datenschutz und Compliance, die mit der starken Digitalisierung verbunden sind, als Chance begreifen.

Wir wollen und werden uns deshalb an den Arbeiten zu den ethischen Leitlinien auf europäischer und nationaler Ebene aktiv beteiligen, und zwar als empathischer Akteur auf der Suche nach dem legalen und legitimen Umgang mit Daten. Denn wir Versicherer können die Währung der neuen Zeit, unseren Datenschatz, am Ende nur dann heben, wenn deren Anwendungsmöglichkeiten nicht nur rechtlich, sondern auch gesellschaftlich akzeptiert werden.

Mit diesen Überlegungen möchte ich es bewenden lassen.

Wir sind nun gespannt auf Ihre Fragen.